

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

06.12.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Countdown für Schacht Konrad</b> <i>nd.DerTag/nd.DieWoche (neues deutschland), 06.12.2023</i> .....	3
2   <b>Erneut Klage gegen Atommüll-Zwischenlager in Gundremmingen</b> <i>augsburger-allgemeine.de, 05.12.2023</i> .....	5
3   <b>Die neuen Freunde der Kernkraft</b> <i>Die Harke.de, 05.12.2023</i> .....	6
4   <b>Die Kernkraft kommt zurück</b> <i>Nordwest-Zeitung - Oldenburger Nachrichten, 05.12.2023</i> .....	9
5   <b>Die fünf Anti-Atom-Argumente der Ampel – und ein Realitätscheck</b> <i>FOCUS online, 05.12.2023</i> .....	10



nd.DerTag/nd.DieWoche (neues deutschland) | 06.12.2023 | S. 4

Auflage: 16.374

Reimar Paul

## Countdown für Schacht Konrad

### Umweltschützer und Kommunalpolitiker weiten Proteste gegen das geplante Atommüllendlager aus

*Vor mehr als 20 Jahren wurde die Genehmigung für den Ausbau des ehemaligen Bergwerks Schacht Konrad zum Endlager erteilt. Eine Fehlentscheidung wie zahlreiche Initiativen und Teile der regionalen Politik finden.*

»Christian sei ein braver Mann und nimm unseren Antrag an«, haben Umweltschützer in einer Einladung für den Nikolaustag an diesem Mittwoch gereimt. Mit einer Protestaktion »fünf vor zwölf« vor dem niedersächsischen Umweltministerium wollen sie Ressortchef Christian Meyer (Grüne) anmahnen, die vor 21 Jahren vom Land erteilte Baugenehmigung für das umstrittene Atommüllendlager Schacht Konrad in Salzgitter zurückzunehmen.

2021 hatten die Umweltverbände BUND und Nabu beim zuständigen Umweltministerium in Hannover den Widerruf des im Behördendeutsch so genannten Planfeststellungsbeschlusses beantragt. Und Meyer hat zugesagt, noch in diesem Jahr darüber zu entscheiden. Die Demonstranten bringen deshalb auch eine Tür zur Kundgebung mit – »durch die der Minister gehen kann, um die falsche Entscheidung von 2002 zurückzunehmen«.

Das nach dem früheren deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten und Aufsichtsratsvorsitzenden der Salzgitter AG, Konrad Ende, benannte Bergwerk war nur zwölf Jahre in Betrieb, bevor es 1976 wieder geschlossen wurde: Der Erzabbau lohnte sich nicht mehr. In den Folgejahren ließ der Bund die Schachtanlage auf ihre Eignung als Endlager für schwach und mittel radioaktiven Atommüll untersuchen. 1982 startete das Genehmigungsverfahren. Mehr als 70 Behörden und Naturschutzverbände wurden um Stellungnahmen gebeten, rund 290 000 Bürger erhoben Einwendungen. Das Land Niedersachsen erteilte im Mai 2002 die Baugenehmigung. Klagen von Kommunen, Kirchen und Privatpersonen scheiterten.

Kürzlich war bekannt geworden, dass das Endlager noch einmal teurer und später fertig wird als geplant.

Statt wie zuletzt mit rund 4,4 Milliarden rechnet die mit dem Umbau beauftragte Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) jetzt mit Kosten in Höhe von 5,47 Milliarden Euro. Bis Ende 2022 seien bereits 2,83 Milliarden angefallen, bis zum Abschluss der Errichtung würden weitere 2,64 Milliarden erwartet. Als Gründe für die neuerliche Kostensteigerung nennt die bundeseigene Gesellschaft die Inflation sowie Verzögerungen beim Bau. Zu Beginn der Bauarbeiten im Jahr 2007 war lediglich mit Ausgaben in Höhe von 900 Millionen Euro kalkuliert worden.

Erst im vergangenen Juni hatte die BGE weitere Verzögerungen beim Bau des Endlagers eingeräumt. Nicht wie zuvor geplant im Jahr 2027, sondern wohl frühestens 2029 kann das Endlager demnach fertiggestellt sein. Es war nicht die erste Verschiebung: Bis 2018 hatte es geheißen, Konrad werde 2022 in Betrieb gehen können.

Seit Jahren kämpft eine breite Allianz, die von Salzgitters Oberbürgermeister Frank Kingebiel (CDU) über das Landvolk bis zur IG Metall reicht, gegen das Endlager. Metaller aus der Region legten deshalb schon mehrfach die Arbeit nieder. In einem am vergangenen Wochenende bekannt gemachten offenen Brief an Meyer fordern nun die Oberbürgermeister und Landräte von Städten und Kreisen aus Südostniedersachsen, dass das Land Niedersachsen eine Bundesratsinitiative zum Stopp des Projekts starten soll. Das Schreiben ist von den Oberbürgermeistern Braunschweigs, Salzgitters und Wolfsburgs, den Landräten der Kreise Gifhorn, Goslar und Helmstedt sowie der Wolfenbütteler Landrätin unterzeichnet.

»Das alte Eisenerzbergwerk Schacht Konrad ist für die dauerhafte sichere Lagerung radioaktiver Abfälle un-

geeignet, deshalb muss das Projekt aufgegeben werden«, heißt es darin. Zudem seien inzwischen erhebliche Mengen schwach und mittel radioaktiver Abfälle angefallen – und fielen noch weiter an –, die aufgrund ihrer Zusammensetzung gar nicht im Schacht Konrad eingelagert werden dürften. Auch für den aus dem havarierten Bergwerk Asse zu bergenden Atom- müll sei Konrad »keine Option«. Schacht Konrad soll laut Planfeststellungsbeschluss bis zu 303 000 Kubik- meter schwach und mittel radioaktiven Atommüll auf- nehmen. Für die Abfälle aus der Asse und der Uranan- reicherung in Gronau müsste schon aus Platzgründen

eine andere Lagerstätte gesucht werden.

Die Oberbürgermeister und Landräte verweisen zudem darauf, dass Niedersachsen mit Gorleben, Schacht Konrad, Asse und dem Endlager Morsleben kurz hinter der Grenze zur ehemaligen DDR wie kein anderes Bundesland »von den Auswirkungen unsach- gemäßer Einlagerung radioaktiver Stoffe betroffen« ist. Deshalb sei es wichtig, dass sich Niedersachsen auf Bundesebene beim Umgang mit radioaktiven Ab- fällen für höchste Sicherheitsanforderungen nach ak- tuellem Stand von Wissenschaft und Technik einsetze.

## Augsburger Allgemeine

📄 augsburger-allgemeine.de | 05.12.2023

🔗 WEBLINK

### GUNDREMMINGEN

## Erneut Klage gegen Atommüll-Zwischenlager in Gundremmingen

*Noch Jahrzehnte soll an den Standorten der ehemaliger Kernkraftwerke Atommüll gelagert werden. Anwohner sind besorgt. In Gundremmingen klagen einige von ihnen dagegen – erneut.*

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) muss sich ein weiteres Mal mit der Sicherheit des Atommüll-Zwischenlagers im schwäbischen Gundremmingen befassen. Am Donnerstag verhandeln die Münchner Richter Klagen von Grundstückseigentümern aus der Umgebung des Kernkraftwerks.

### Klage in Gundremmingen: Kläger sehen Sicherheit gefährdet

Das VGH hatte bereits im Jahr 2006 zum Start der Einlagerung von verbrauchten Brennelementen Klagen gegen das Lager in Gundremmingen (Landkreis Günzburg) sowie die beiden anderen Zwischenlager in Bayern abgewiesen. Die jetzigen Kläger verlangen dennoch, dass die aus dem Jahr 2003 stammende Genehmigung für das Brennelementelager bei dem mittlerweile stillgelegten Atommeiler widerrufen wird. Die Kläger sehen weiterhin ihre Sicherheit gefährdet.

Anfang der 2000er Jahre waren die Zwischenlager an den Standorten der deutschen Kernkraftwerke geplant und gebaut worden. Idee war, dass an den dezentralen Standorten der Atommüll verwahrt wird, bis es in der Bundesrepublik ein Endlager gibt. In Gundremmingen wurden ab 2006 Behälter mit Brennelementen eingelagert.

Nach Angaben des bundeseigenen Betreibergesellschaft der Lager, der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung, sind in dem Lager in Schwaben bereits 127 von 192 Stellplätzen für Castor-Behälter belegt. Später sollen einmal 176 Behälter dort gelagert werden. Die Genehmigung des Lagers läuft bis zum Jahr 2046. Kritiker befürchten aber, dass bis dahin kein Endlager zur Verfügung steht und der Atommüll noch Jahrzehnte länger an den Standorten der früheren Atomkraftwerke verbleiben muss.

### Kernkraftwerk Gundremmingen: Risiken von Flugzeugabsturz und Terrorismus?

Die Kläger kritisieren, dass die Risiken eines Flugzeugabsturzes auf das Lager und der Beschuss durch Terroristen nicht hinreichend geprüft worden sei. Die Betreiber weisen dies zurück. "Die Zwischenlager der BGZ zählen zu den bestgesicherten Anlagen in Deutschland", sagt Unternehmenssprecher Burghard Rosen.

Der Schutz der Anlagen gegen Terror werde von den Sicherheitsbehörden ständig geprüft und bei Bedarf angepasst. "So werden beispielsweise an den Zwischenlagern der BGZ zusätzliche Stahlbetonwände errichtet, um den Schutz der Lager zu verstärken."

### Gundremmingen einer der größten Atomstandorte in Deutschland

Bezüglich des Themas Flugzeugabstürze verweist die BGZ auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA unter anderem auf das World Trade Center in New York. Seit damals sei "auch ein absichtlich herbeigeführter Flugzeugabsturz auf Zwischenlager Bestandteil der Genehmigungsverfahren". Es sei nachgewiesen, "dass durch einen absichtlich herbeigeführten Flugzeugabsturz auf ein Zwischenlager eine Gefährdung von Leben und Gesundheit der Bevölkerung ausgeschlossen werden kann", sagt Rosen.

Gundremmingen zählt zu den größten Atomstandorten in Deutschland. In der schwäbischen Gemeinde ging 1966 das erste große Atomkraftwerk (AKW) der Bundesrepublik ans Netz. Dieser Meiler wurde nach einem Jahrzehnt und mehreren schweren Störfällen abgeschaltet. Die Blöcke B und C wurden im Jahr 1984 zusammen fertiggestellt und gingen im Abstand weniger Monate in Betrieb. Silvester 2021 wurde der Betrieb des Kernkraftwerks eingestellt.

 Die Harke.de | 05.12.2023

 Matthias Koch

 WEBLINK

## Die neuen Freunde der Kernkraft

### Atomkraftrenaissance versus Deutschlands Sonderweg

*Der Klimaschutz verändert die Sichtweise. Die Atomkraft, in Deutschland totgesagt, findet derzeit weltweit verblüffend viele neue Freunde – sogar in ehemaligen Ausstiegsstaaten wie Schweden. Beim UNKlimagipfel in Dubai haben 22 Staaten soeben vereinbart, ihre AKW-Kapazitäten bis zum Jahr 2050 zu verdreifachen.*

Atomkraft? Viele Deutsche wollen davon am liebsten gar nichts mehr hören. Sie sind froh, dass Bundeskanzler Olaf Scholz die Sache im September dieses Jahres für erledigt erklärt hat: „Das Thema Kernkraft ist in Deutschland ein totes Pferd.“

Die Welt um uns herum sieht es allerdings ein bisschen anders. Beim UNKlimagipfel in Dubai zum Beispiel zeigte sich dieser Tage das tote Pferd verblüffend lebendig. Da verabredeten 22 Staaten der freien Welt, ihre AKW-Kapazitäten bis zum Jahr 2050 zu verdreifachen. Anders, heißt es in der gemeinsamen Erklärung, sei die geforderte Reduzierung des Kohlendioxid ausstoßes nicht zu schaffen.

Zu den Unterzeichnerstaaten gehören die USA, Kanada, Japan, Südkorea, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Polen, Schweden, Finnland, Tschechien, Ungarn und Rumänien. Sie alle schielen jetzt auf Kredite der Weltbank. Russland und China investieren ohnehin seit Langem beträchtliche Summen in die Atomenergie. Peking plant derzeit sechs bis acht neue Reaktoren pro Jahr. 55 sind schon am Netz.

John Kerry, der Klimagesandte von US-Präsident Joe Biden, sagte in Dubai, keiner der 22 Staaten sehe in der Atomenergie etwas, das man auf ewige Zeit nutzen wolle. Ihre Wiederbelegung als Übergangsenergie sei aber fürs Weltklima besser als das weitere Verbrennen von Kohle und Gas. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron äußerte sich ähnlich und stellte im Kurznachrichtenkanal X bereits ein Nachfolgetreffen in Aussicht: „Wir sehen uns 2024 beim Atomgipfel in Belgien.“

### Hohn und Spott für Deutschland

Das Antiatomland Deutschland wurde zur Runde der 22 in Dubai gar nicht erst eingeladen. Man wollte die

Berliner nicht in Verlegenheit bringen. Jeder wisse doch, wird in der Branche gewitzelt, dass die Deutschen an dieser Stelle „anders sind als die anderen Kinder“.

Eine Zeit lang gab es in anderen Ländern so etwas wie abwartenden Respekt gegenüber den Deutschen und ihrem energiepolitischen Sonderweg. Inzwischen aber regieren Hohn und Spott. Bei der boomenden Messe World Nuclear Exhibition 2023 bei Paris schüttelten viele Teilnehmer nur noch den Kopf über Deutschland. „Schade“, gab dort ein französischer Manager dem „Spiegel“ zu Protokoll. „Ich mag die Deutschen, die machen gute Arbeit. Sie hatten die besten Atomkraftwerke.“

Hatten. Am 15. April dieses Jahres schaltete Deutschland seine drei letzten Kernkraftwerke ab. Grüne und SPD hatten innerhalb der Ampelkoalition darauf bestanden.

Mit dem Beschluss wurden drei im europäischen Maßstab überdurchschnittlich moderne und leistungsfähige Meiler vom Netz genommen. Die AKWs Emsland (Niedersachsen), Isar 2 (Bayern) und Neckarwestheim 2 (Baden-Württemberg) lieferten genug Strom für 10 Millionen Haushalte. Nicht nur Union und FDP in Deutschland sahen ihre Abschaltung als Fehlentscheidung. Klimaschützer rund um den Globus schlugen die Hände über dem Kopf zusammen. Allein diese drei Reaktoren hätten dem Planeten den Ausstoß von 30 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr erspart, hieß es in einem offenen Brief von Physikerinnen, Physikern und Klimaforschenden aus aller Welt, darunter zwei Nobelpreisträgern, an den deutschen Bundeskanzler.

### Forschende warnten Berlin vor dem Ausstieg

Die Forschenden plädierten dafür, die Abschaltung in letzter Minute zu stoppen. Ein Laufenlassen der deutschen Reaktoren liege „im Interesse der Bürger Europas und der Welt“. Doch der Appell drang nicht durch. In Berlin dominiert ein Denken in den Kategorien nationaler Verabredungen. Die in Parlament und Regierung angekommene Antiatombewegung beharrte auf ihrem Ziel, knapp vier Jahrzehnte nach dem Unglück im Sowjet-Reaktor Tschernobyl wenigstens in Deutschland alle Reaktoren stillzulegen.

Der Zeitpunkt für den Ausstieg hätte nicht schlechter gewählt werden können. Der entstandene Schaden ist beträchtlich: strategisch, ökonomisch, klimapolitisch.

Der Atomausstieg schwächt Deutschlands Stromversorgung in einem Moment, in dem Russland den größten Krieg in Europa seit 1945 begonnen hat.

Er steigert die Verunsicherung von Firmen wegen hoher Strompreise und treibt Investitionen ins Ausland.

Zudem, darin liegt der Hohn, trübt er auch noch Deutschlands Klimabilanz. Im Ergebnis steht Deutschland doppelt dumm da: Berlins Energiepolitik verbindet das ökonomisch Schädliche mit dem ökologisch Peinlichen.

Schon seit vielen Jahren erlauben sich die Deutschen einen deutlich höheren Kohlendioxidausstoß pro Kopf als etwa Frankreich. Mit der neuerdings wieder wachsenden winterlichen Gas- und Kohleverstromung wird Deutschlands klimapolitischer Fußabdruck sogar noch etwa hässlicher als bisher.

Am Stichtag 1. Dezember 2023 zum Beispiel – die Konferenz in Dubai hatte gerade begonnen – war in Deutschland, das so sehr auf Erneuerbare setzt, mal wieder ein gruseliges Tag mit wenig Wind und null Sonne. Erbarmungslos hielt die Bundesnetzagentur in ihren täglich aktualisierten Übersichten fest, woher in Wirklichkeit der Strom kam. Solarenergie brachte an diesem Tag gar nichts. Die Windmühlen lieferten mit 5300 MWh nur 8,7 Prozent des Bedarfs der Deutschen. Die größten Stromlieferanten aber waren Steinkohle mit 12.056 MWh, Erdgas mit 15.588 MWh und – auf Platz eins – die bei Klimaschützenden besonders verhasste Braunkohle mit 16.257 MWh.

Auch langjährige Atomkraftgegnerinnen und -gegner geraten, wenn sie auch Klimaschützerinnen und -schützer sind, angesichts solcher Zahlen ins Grübeln. Den meisten, die die Dinge mit praktischer Vernunft betrachten, leuchtet ein: Es war, auch wenn man früher oder später raus will aus der Atomkraft, klimapolitisch ein deströser Fehler, erst aus der Kernkraft und dann aus der Kohle aussteigen zu wollen.

## In Finnland denken auch die Grünen um

Im Ausland erscheint die verquere Politik der Deutschen vielen wie ein unfassbarer Schildbürgerstreich. Regierungen anderer EUStaaten sprechen über die Berliner Missgriffe jedoch nur hinter vorgehaltener Hand.

Vor Beginn der Weltklimakonferenz in Dubai aber wagte jetzt immerhin der Chef der Weltorganisation für Meteorologie, der Finne Petteri Taalas, ausnahmsweise mal Klartext: Deutschland solle, sagte Talaas in Genf, „den Atomausstieg überdenken“. Ohne Atomkraft den Kohleausstieg zu bewerkstelligen und trotzdem genügend bezahlbare Energie herzustellen, werde nämlich „schwierig“.

Anders als die Deutschen haben die Skandinavier frühzeitig das Dilemma als solches erkannt. In Finnland zum Beispiel formierte sich sogar bei den Grünen schon vor einigen Jahren eine Strömung, die nach und nach die Gefahren durch den Klimawandel als gravierender empfand als die Gefahren durch den Betrieb moderner Kernreaktoren.

„Unsere jüngsten Mitglieder haben die Dinge neu gewichtet“, sagt Veli Liikanen, Generalsekretär der finnischen Grünen. „Heute sind bei uns viele im Alter von 20 plus unterwegs, die selbst aus technischen Berufen kommen und wohl auch deshalb wenig Angst vor Technik haben. Was ihnen wirklich Angst einjagt, ist der Klimawandel.“

Finnland diskutiert über das Thema ohne die in Deutschland übliche Feindseligkeit. Zur entspannteren Gangart trug bei, dass Finnland die leidige Endlagerfrage beantwortet hat: durch bereits im Bau befindliche Strukturen in einer Felsformation. Die Finnen wollen ihre radioaktiven Abfälle in Granit einlagern und dann auf Nimmerwiedersehen zuschütten. Als Lagerstätte wurde fennoskandisches Grundgebirge ausgesucht, das schon 1,8 Millionen Jahre in seiner jetzigen Formation überdauert hat.

## Schweden setzt sich klare Ziele

Diese Aussichten ließen die Risiken der Atomkraft aus finnischer Sicht auf ein beherrschbares Maß schrumpfen. Gewachsen ist indessen der Wunsch, unabhängig zu bleiben vom unberechenbaren Nachbarland Russland. Hinzu kommt der Wunsch, die Menschen schon aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit mit preiswerter Energie zu versorgen.

Ähnlich ticken die Schweden. Jahrzehntlang war das Land auf Atomausstiegskurs. Doch an drei Standorten blieben sechs Reaktorblöcke am Netz. Inzwischen

formieren sich Mehrheiten für einen umfassenden nuklearen Neustart.

Zu den wichtigsten Proatomtreiberinnen in Schweden gehört die Umweltministerin. Für die erst 28 Jahre alte Romina Pourmokhtari gehören Klimaschutz und Atomkraft zusammen. Anders sei beispielsweise der Umstieg auf EMobilität nicht zu schaffen.

Pourmokhtari, eine Liberale, wurde als Tochter eines iranischen Einwanderers in einem Vorort von Stockholm geboren. In Uppsala hat sie Politik studiert. Pourmokhtaris unkonventioneller Politikmix hat anfangs viele verwirrt, findet aber zunehmend Anhängerinnen und Anhänger. Sie setzt sich ein für höhere Steuern auf Kohlendioxidemissionen und auf Kapital, zugleich verlangt sie niedrigere Steuern auf Arbeit und Strom.

In einer Erklärung zum Thema Ny Kärnkraft (Neue Kernkraft) schrieb Pourmokhtari im November, Schweden müsse sich auf die Verdopplung des Stromverbrauchs in den nächsten 20 Jahren einstellen. Ihre Regierung wolle daher „den Betrieb von mehr als zehn Reaktoren zulassen und den Bau von Reaktoren auch dort ermöglichen, wo es derzeit keinen Reaktor gibt“.

## Polen hat schon erste Verträge unterzeichnet

Polen hat in diesem Herbst schon Nägel mit Köpfen gemacht. Am 29. September verkündete die Regierung in Warschau eine Zeitenwende: den Einstieg Polens, das jahrhundertlang an der Kohle hing, in die zivile Nutzung der Kernenergie, und zwar auf breiter Front.

Als Erstes plant Polen den Bau von drei Reaktoren an der Ostseeküste, im Ort Choczewo, eine Autostunde nordwestlich von Danzig. Die Verträge wurden bereits feierlich unterschrieben. Vertreter zweier amerikanischer Konzerne reisten an: Kernkraftspezialist Westinghouse und Bauriese Bechtel.

Bis 2043 will Polen insgesamt sechs neue Kernreaktoren ans Netz gehen lassen. Auch südkoreanische Technologieanbieter sollen zum Zuge kommen. In früheren Zeiten wäre das ein Fall für Siemens gewesen.

Das Beispiel Polen zeigt: Die in Dubai an die Öffentlichkeit getretene Proatomallianz will nicht nur Erklärungen abgeben und Papiere bedrucken. Sie ist schon dabei, Fakten zu schaffen, und zwar in großem Stil – an Deutschland vorbei.

## Die Kernkraft kommt zurück

### Energie. Mächtige Allianz für Atomkraft auf der Weltklimakonferenz

**Dubai/Bratislava** - 22 Staaten wollen zum Wohle des Klimas die Energieerzeugung aus Atomkraft deutlich hochschrauben. Bis zum Jahr 2050 sollten die Kapazitäten verdreifacht werden, hieß es in einer am Samstag auf der Weltklimakonferenz veröffentlichten Erklärung, die unter anderem von Frankreich und den USA unterzeichnet wurde. Auch Kanada, Japan, Großbritannien und mehrere weitere europäische Länder, darunter alle unmittelbaren Nachbarn der Bundesrepublik, haben sich dem Pakt angeschlossen. Man halte fest, dass Atomkraft eine Schlüsselrolle dabei spiele, bis Mitte des Jahrhunderts Klimaneutralität zu erreichen und das 1,5-Grad-Ziel, heißt es in der Erklärung. Kleine, moderne Anlagen seien flexibel und ließen sich mit Quellen erneuerbarer Energie kombinieren.

#### Aufruf an Banken

Andere Länder seien aufgerufen, sich anzuschließen und Geldgeber, in den Ausbau von Atomkraft zu investieren, internationale Fonds, Kernenergie in ihr Investitionsportfolio aufzunehmen. Das gelte auch für Institutionen wie etwa die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken. Die unterzeichnenden Regierungen verpflichten sich zudem, bei der nuklearen Sicherheit und dem Aufbau sicherer Brennstoffversorgung zusammenzuarbeiten.

Die Deklaration geht dabei auch auf die Sicherung der weltweiten Energieversorgung ein. Kernenergie sei bereits heute die zweitgrößte Quelle sauberer, grundlastfähiger Energie, die zur Energiesicherheit beitrage.

Deutschland gehört nach seinem Atomausstieg in diesem Jahr nicht zu den Unterzeichnern. In vielen anderen Staaten, darunter Frankreich oder Großbritannien, spielt Atomkraft jedoch weiterhin eine entscheidende

Rolle für die Energieversorgung und wird dies auch in Zukunft tun.

John Kerry, der Sondergesandte des US-Präsidenten zur Weltklimakonferenz, erklärte, man könne das Ziel von Netto-Null bei den Treibhausgasen bis 2050 ohne Kernenergie nicht erreichen. „Das hat nichts mit Politik oder Ideologie zu tun, das ist reine Physik.“

#### Ausbau in Osteuropa

Weitere Staaten, insbesondere in Osteuropa, haben sich entschlossen, in die Atomkraft einzusteigen. Anfang November stellte die US-Regierung gemeinsam mit verschiedenen zentral- und osteuropäischen Ländern das „Projekt Phoenix“ vor. Dabei sollen in der Region alte Kohlekraftwerke an ihrem Standort mit kleinen, modularen Reaktoren ersetzt werden.

Bei einer Konferenz am 8. November in Bratislava trafen sich dazu Teilnehmer aus insgesamt 15 Staaten. Nach Angaben der US-Regierung werden konkrete Projekte bereits in Polen, Tschechien und der Slowakei entwickelt. Schweden hatte vor zwei Wochen angekündigt, zwei neue Kernkraftwerke zu bauen. Bis zum Jahr 2050 sollen dort insgesamt sogar zehn neue Anlagen entstehen.

Bereits kurz vor der Weltklimakonferenz in Dubai hat der Chef der Weltwetterorganisation (WMO), Petteri Taalas, Deutschland empfohlen, den Atomausstieg zu überdenken. „Atomkraft ist eine gute Technologie, um klimafreundliche Energie zu produzieren“, sagte Taalas in Genf. Ohne Atomkraft den Kohleausstieg zu bewerkstelligen und trotzdem genügend bezahlbare Energie herzustellen, werde schwierig. „Ich würde die Bundesregierung aufrufen, den Atomausstieg zu überdenken.“



📄 FOCUS online | 05.12.2023 | S. online

👤 Oliver Stock

🔗 WEBLINK

## VERSCHLÄFT DEUTSCHLAND DEN ANSCHLUSS?

# Die fünf Anti-Atom-Argumente der Ampel – und ein Realitätscheck

*Bei der Weltklimakonferenz in Dubai haben sich 22 Staaten zu einem Club zusammengetan, der die Atomkraft weltweit voranbringen will. Deutschland beteiligt sich nicht daran. Fünf Gründe führt die deutsche Regierung für dieses Abseitsstehen ins Feld. Was ist von ihnen zu halten?*

Ausschalten, einschalten - geht wieder? Der alte Trick, der noch immer die Lieblingsreparaturmethode der IT-Ingenieure ist, hat bei Atomkraftwerken seine Tücken. Einmal ausgeschaltet, sind die Meiler in Deutschland nicht ohne Hürden wieder hochzufahren.

Dennoch hat die Diskussion darum jetzt weiter Fahrt aufgenommen. Der Grund dafür liegt in den nach wie vor hohen Energiepreisen in Deutschland, die nahelegen, dass es besser ist, jede nur erdenkliche Quelle für Energie und insbesondere saubere Stromherstellungs-Methoden auch zu nutzen.

22 Staaten sehen das jedenfalls so, weswegen sie auf der Weltklimakonferenz in Dubai eine neue Allianz zur Verdreifachung der weltweiten Atomenergie gegründet haben. Unter anderem Frankreich und die USA sind dabei. Die deutsche Regierung denkt allerdings nicht daran, diesem nuklearen Club beizutreten. Sie beruft sich auf fünf wesentliche Argumente. Was ist von ihnen zu halten?

### 1. Erneuerbare Energien und Wasserstoff können den Atomstrom ersetzen

Das ist bisher Wunschdenken. In diesem Jahr dürfte sich der Strom, der verbraucht und mit Hilfe erneuerbarer Energien erzeugt wurde, mit jenem, der aus Kohle, Gas und Ölkraftwerken stammt, in etwa die Waage halten.

Rechnet man nicht nur den Strom-, sondern den gesamten Energieverbrauch zusammen, machen fossile Energieträger mit Abstand das Rennen. Die Bundesregierung hat wegen des Atomausstiegs sogar einige

Kohlekraftwerke wieder hochfahren müssen, die bei Weitem die größten CO<sub>2</sub>-Schleudern innerhalb des Energiemixes sind.

Deutschland ist seit dem Atomausstieg auch stärker auf Importe von Atomstrom etwa aus Frankreich angewiesen. Zwar wächst der Anteil erneuerbarer Energien, aber ihre unzuverlässige Verfügbarkeit bei gleichzeitiger mangelnder Strom-Speicherkapazität machen sie schwer kalkulierbar.

CO<sub>2</sub>-frei hergestellter Wasserstoff ist in den benötigten Mengen bislang nicht in Sicht. Ihn aus Ländern wie Australien oder dem mittleren Osten zu importieren, wo er mit Sonnen- und Windenergie erzeugt werden kann, verschlechtert seine Umweltbilanz so sehr, dass auch das keine Lösung ist.

### 2. Es gibt keine Brennstäbe für den erneuten Betrieb der Kernkraftwerke

Es gibt sie schon - nur heißt der wichtigste Lieferant Rosatom und ist ein staatlicher russischer Konzern, der mit 90.000 seiner 275.000 Beschäftigten für russische Militärprojekte arbeitet. Absurderweise fällt Rosatom unter keinerlei EU-Sanktionen, was Länder wie Frankreich und Belgien durchgesetzt haben, die auf die russischen Brennstäbe angewiesen sind.

Ein Brennelement hält circa fünf Jahre. "Um passende Brennelemente herzustellen, braucht man zwölf bis 15 Monate - das ist ein langwieriger Prozess", sagt Uwe Stoll, technischer Geschäftsführer der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit. Auch müssten spezielle Teile wie zum Beispiel die Röhren für die Brennstäbe neu gefertigt werden. "Da gibt es keine Lager-

bestände." Andere Länder hätten Abmessungen, die in den deutschen AKW nicht passen würden.

Die EU-Staaten kooperieren in unterschiedlichen Formen mit dem russischen Staatskonzern. Importiert werden russische Uranprodukte, Brennelemente und Dienstleistungen im Bereich Bau, Betrieb und - für die deutschen Betreiber von Atomkraftwerken besonders interessant - Abriss von Kernkraftwerken.

### **3. Die Energieerzeuger haben gar kein Interesse an einem Weiterbetrieb**

Die Konzerne RWE, Vattenfall, E.ON/PreussenElektra und EnBW haben gemeinsam 2,43 Milliarden Euro dafür erhalten, dass sie ihre Atomkraftwerke früher vom Netz genommen haben, als sie es geplant hatten. Vattenfall war mit 1,425 Milliarden Euro der größte Nutznießer dieser Zahlung, der ein langwieriger Streit vorausgegangen war. Seither haben die Betreiber ihre Kraftwerke abgeschrieben - und wenig Interesse an einem Wiederhochfahren.

Dahinter stecken vor allem finanzielle Gründe: Es geht nicht nur darum, dass die Kraftwerksbetreiber wahrscheinlich einen Teil der Entschädigung zurückzahlen müssten, sondern auch darum, dass sie gegenüber Aktionären nicht mehrmals einen teuren Strategiewechsel vertreten können. Für die Betreiber ist das größte Risiko seit jeher die Politik und ihre Unberechenbarkeit, was sich in Abschlüssen beim Börsenkurs niederschlägt. Sie wollen jetzt nicht wieder dafür geradestehen müssen.

### **4. Die Atomkraftwerke sind nicht mehr benutzbar**

Laut Auskunft des Bundesamts für Reaktorsicherheit schließt sich an die Abschaltung eines Atomkraftwerks zunächst eine Nachbetriebsphase an, die mehrere Jahre dauert. In dieser Zeit dürften die Meiler mit überschaubarem Aufwand wieder flott gemacht werden können. Erst danach kann die Stilllegungsgeheimung umgesetzt werden, mit der das Kraftwerk endgültig rückgebaut werden kann. Diese Stilllegung selbst dauert erneut zwischen zehn und 20 Jahren.

Allerdings gibt es Einschränkungen, wie Stoll erklärt: "Haben sich die Betreiber darauf eingerichtet, die Anlage abzubauen, wird sie mit scharfen Chemikalien gereinigt - also dekontaminiert." Das aber greife unter Umständen das Material der Rohre und Messlei-

tungen so stark an, dass sie aus Sicherheitsgründen nicht mehr eingesetzt werden könnten. Auf jeden Fall müssen sie vor Inbetriebnahme erneut vom TÜV abgenommen werden.

### **5. Die Atomkraft ist eine Hochrisikotechnologie**

Das ist die offizielle Haltung der Bundesregierung. Als Begründung verweist sie unter anderem auf das ukrainische Kernkraftwerk Saporishshja, das seit Kriegsbeginn eine "Bedrohung für Europa" darstelle. Eine Kernschmelze im AKW könne durch die Zerstörung der Stromzufuhr ausgelöst werden. Je nach Windrichtung komme es zu ausgedehnter Verstrahlung - wie einst in Tschernobyl.

Beginnend mit dem Uranbergbau, über den Normalbetrieb in AKWs, bis hin zu Atomkatastrophen und dem ungelösten Endlagerproblem schade Atomkraft dem Leben und der Gesundheit.

Atomkraftbefürworter weisen hingegen darauf hin, dass viele der heute weltweit über 200 im Bau oder in Planung befindlichen Kernkraftwerke der dritten Generation angehören, die in Sachen Sicherheit nicht zu überbieten seien. Ihre Notkühlsysteme seien optimiert. Auch eine Kernschmelze führe nicht zur Freisetzung radioaktiver Stoffe. Nur in höchst unwahrscheinlichen Szenarien könnten radioaktive Stoffe aus der Anlage entweichen, allerdings nur in so kleinen Mengen, dass Mensch und Umwelt nicht zu Schaden kämen.

Wegen der Haltung der Bundesregierung haben inzwischen auch die Forscher in Deutschland nahezu aufgegeben. Hierzulande herrscht zumindest beim Thema Energiegewinnung aus der Kernspaltung Totentanz.

Einer der letzten Experten auf dem Gebiet ist Markus Roth, Physik-Professor und Leiter des Instituts für Kernphysik an der Technischen Universität Darmstadt. "Der Forschungsbereich Kernspaltung findet in Deutschland de facto nicht mehr statt", sagt er. "Selbst für den Rückbau der Kernkraftwerke haben wir so gut wie keine Experten mehr."

Mit Blick auf den neuen Atom-Club hält er fest: In anderen Ländern werde es weitergehen. "Deutsche Startups aus diesem Bereich sind deswegen bereits abgewandert, etwa nach Kanada."